

# „Maximale Waldzerstörung bei minimaler Stromausbeute“

Stand: 16.06.2023 | Lesedauer: 5 Minuten

Von Dominik Kalus



Zwischen Burghausen (links) und Altötting soll der Windpark entstehen

Quelle: Patrick Pleul/picture alliance/dpa, Libor Sojka/picture alliance/dpa/CTK; Montage: Infografik WELT

40 Windräder, je 200 Meter hoch: Im bayerischen Staatswald soll der größte Windpark des Freistaats entstehen. Unter Anwohnern der Gegend formiert sich Protest, ein Bürgermeister sieht einen „Touch von Anordnungspolitik“. Und selbst die Grünen erkennen in dem Großprojekt „Abzocke“.

**D**urch den Wald um das oberbayerische Altötting führen verschiedene Pilgerwege in den Wallfahrtsort mit seiner Gnadenkapelle. Bald soll Pilger nicht nur die Aussicht auf Erleuchtung oder Heilung begleiten, sondern auch auf 200 Meter große Windräder.

Denn in den dem Freistaat gehörenden Wäldern soll mit 40 Anlagen Bayerns größter Windpark zwischen Altötting und Burghausen entstehen. Planen, bauen und betreiben wird das Projekt das französisch-deutsche Unternehmen Qair, wie vor Kurzem bekannt wurde. In viereinhalb Jahren könnte sich das erste Windrad drehen, teilt das Unternehmen mit.

Es wehe „ein frischer Wind für den Wind“, hatte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) in dem Zusammenhang gesagt. Der Freistaat lag in Sachen Windkraft im

bundesweiten Vergleich jahrelang auf den hintersten Plätzen – weil die Bedingungen ungünstiger sind als im windreichen Norddeutschland, aber laut Kritikern auch aufgrund mangelnden politischen Willens.

Vor allem der vorgeschriebene Mindestabstand zu Wohngebieten machte den Windkraftausbau schwer bis unmöglich. In ganz Bayern sind im vergangenen Jahr nach aktuellen Branchen-Zahlen gerade einmal 14 neue Windkraftanlagen ans Netz gegangen (von bundesweit 551); 2021 wurden sogar nur sechs genehmigt.

Doch nachdem Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) den Druck auf die Bundesländer erhöht hat, soll nun neuer Schwung in den bayerischen Windkraftausbau kommen. Seit Mitte November gilt im Freistaat eine gelockerte Version der 10H-Abstandsregel (</politik/deutschland/article236287958/10-H-Regel-Ausbau-der-Windkraft-in-Bayern-am-Tiefpunkt.html>). Laut Ministerpräsident Söder sind zwischen 300 und 340 Anlagen in Planung.

Das Projekt in Altötting hat auch deswegen eine besondere Relevanz, weil es das nahegelegene „Chemiedreieck“ zu einem Teil mit grünem Strom versorgen soll. In dem südostbayerischen Industriestandort verbrauchen Konzerne wie Wacker oder Linde rund 0,5 Prozent der gesamten deutschen Strommenge – und bringen der Region Arbeitsplätze und Wohlstand.

Doch seit Ausbruch des Kriegs in der Ukraine ist immer wieder die Sorge zu hören, dass gestiegene Strompreise und gefährdete Energieversorgung die Unternehmen zur Abwanderung treiben könnten. Der Windpark soll auch diese Sorgen lindern.

Gleichzeitig schaffen die Pläne neue Bedenken. Einigen im Altöttinger Umland geht die Sache zu schnell.

„Der Eindruck erhärtet sich, dass hier Windräder nur gebaut werden sollen, um eine Quote zu erfüllen“, sagt Stefan Kammergruber, parteiloser Bürgermeister von Emmerting, einer der neun an den geplanten Windpark angrenzenden Kommunen.

Er betont, dass erneuerbare Energien eindeutig wichtig seien, aber „eben mit Maß und Mitte. Ich frage mich, ob 200 Meter große Anlagen im Wald der richtige Weg sind“. Kammergruber

fühlt sich von den Staatsforsten und der Staatsregierung unzureichend über das Vorhaben informiert, attestiert dem Ganzen „einen Touch von Anordnungspolitik“. Der Staatsforst sei Allgemeingut, deswegen müsse man die Bürger besser mitnehmen.

Zumindest den Ankündigungen zufolge sind die Bayerischen Staatsforsten (<https://www.baysf.de/de.html>) um Bürgernähe durchaus bemüht. Schlagworte wie „kommunalfreundlich“, oder „Akzeptanz der Bürger“ sind in den Dokumenten über das Vorhaben immer wieder zu lesen. Geht es nach Martin Stümpfig, energiepolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion im Bayerischen Landtag, ist es mit der Bürgerfreundlichkeit des Projektes allerdings nicht weit her. Obwohl er wie seine Partei den Windkraftausbau und auch den geplanten Windpark befürwortet, kritisiert er die Umsetzung.

Als „Abzocke“ beschreibt er die Vergabe an den Konzern Qair, bei der die Bürger nicht ausreichend profitierten. Pro erzeugter Kilowattstunde sollen die Kommunen 0,2 Cent erhalten – laut Stümpfig sei dies der Mindeststandard; wirkliche Bürgerbeteiligung sehe anders aus. Die vorangegangene Ausschreibung nennt Stümpfig „grottenschlecht“. Anstatt auf die größte Bürgernähe oder den geringstmöglichen Eingriff in die Natur, habe die Ausschreibung hauptsächlich auf den besten Preis geachtet, und somit den Zuschlag kleineren, regionalen Unternehmen kaum möglich gemacht.

Auch manche Bürger melden Kritik an, bezweifeln die Sinnhaftigkeit des Projektes. Unter dem Namen „Gegenwind Altötting“ (<https://www.gegenwind-altoetting.de/>) hat sich eine Protestgruppe formiert, die Infostände organisiert und Flyer verteilt. Mitglieder befürchten „maximale Waldzerstörung bei minimaler Stromausbeute“ und „sinnlosen Aktionismus“, wie auf der Website zu lesen ist. Branchenkenner bezeichnen den Standort im Staatsforst in Sachen Ergiebigkeit als „mittelmäßig“ – unter anderem deswegen sehen Projektgegner den geplanten Eingriff in die Natur als ungerechtfertigt.

Ministerpräsident Söder hatte dazu aufgerufen, auf jegliche Klagen gegen den Ausbau erneuerbarer Energien zu verzichten. Es brauche jetzt „einen Pakt für erneuerbare Energien in Bayern“, sagte er. Auch die Naturschutzverbände sollten „mitmachen“.

## **Mehrheit der Gemeinden ist dafür**

Simon Ruckinski, der bei Qair das Entwicklungsgeschäft verantwortet, weist die Kritik am Projekt von sich. Er betont die Bedeutung des Windparks für die regionale Energieversorgung. Bürgernähe sei den Verantwortlichen ein großes Anliegen. Man werde in der Planungsphase auf alle Kommunen zugehen, „sich kennenlernen“. Und bei den 0,2 Cent Beteiligung solle es nicht bleiben, er könnte sich gut eine Zusammenarbeit mit Bürgergenossenschaften vorstellen.

Sieben der neun betroffenen Gemeinden haben sich mittlerweile für das Projekt ausgesprochen. „Ich bin nicht dafür, den Wald abzuholzen“, teilte Altöttings Bürgermeister Stephan Antwerpen (CSU) in einer Erklärung mit. Es sei allerdings notwendig „Nutzen und Chancen abzuwägen“. Und im Staatsforst seien die Chancen größer, weil es dort keine Ansiedlungen und Grundbesitzer gebe, die den Windkraftausbau blockieren.

Die Bayerischen Staatsforsten betonen auf WELT-Anfrage, dass Windräder nur an Stellen geplant würden, an denen die anliegende Gemeinde auch zugestimmt habe. Die Protestgruppe „Gegenwind“ hat zwei Bürgerbegehren gegen den Windpark angekündigt. Sollten diese Erfolg haben, dürfte das also die genaue Standortwahl beeinflussen – aber nicht den Windpark als Ganzes.

***„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music ([https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm\\_sh\\_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v](https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v)) oder direkt per RSS-Feed.***

---

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/245799976>